

**Rede des finanzpolitischen Sprechers der CDU/FDP-Gruppe Region Hannover,
Prof. Dr. Roland Zieseniß,
zum Haushalt 2023 am 20. Dezember 2022
in der Regionsversammlung**

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regionspräsident,
sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Abgeordnete der Regionsversammlung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Leben in einer Demokratie ist ein hohes Gut und ein nicht zu unterschätzendes Privileg. Deswegen gilt an erster Stelle der **DANK Ihnen ALLEN**. Vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, den Dezernentinnen, dem Dezernenten und dem Regionspräsidenten für den unermüdlichen Einsatz für unsere Region Hannover – auch unter teilweise schwierigen Voraussetzungen. Und der Dank gilt auch uns ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern der demokratischen Parteien. Mit Leidenschaft und Gestaltungswillen setzten wir uns für unsere Region ein.

Der Blick in die Welt zeigt, dass ein Leben in Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich ist. Wir sehen Krieg, Unterdrückung und Abhängigkeit. Aus tiefster Überzeugung ist die **gelebte Demokratie** der beste Weg, Spaltung zu begegnen. Mit Blick in die Regionsversammlung zeigt sich auch hier, dass Parteien der Extreme in unser Parlament gewählt wurden. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die demokratischen Parteien im Gespräch miteinander bleiben. Und sich beim Heben der Hand fragen: erfolgt die Entscheidung gut begründet und zum Wohl der Menschen in der Region Hannover oder auf Grund der Parteifarbe?

Die Gruppe CDU/FDP hat sich **intensiv** mit dem Haushalt, dem Haushaltssicherungskonzept und den Haushaltsbegleitanträgen aller demokratischen Parteien beschäftigt.

Starten wir

Erstens mit einem Rückblick zum letzten Haushalt

Zweitens widmen wir uns der aktuellen Situation und

Drittens wagen wir eine Prognose über zukünftige Entwicklungen.

Es besteht wohl Einigkeit darüber, dass die Haushaltslage sehr angespannt und der Haushalt **defizitär ist**. Am Ende meiner Rede werden Sie wissen, warum die Gruppe CDU/FDP den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept ablehnt.

Der Rückblick:

Im Dezember 2021 haben wir uns klar positioniert und den „Vorratsbeschluss“ Verzicht auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2023, abgelehnt. Zwar bestand auf Grund der Corona-Sonderregelungen die Möglichkeit zu diesem Beschluss, es war aber schon damals ein strukturelles Defizit absehbar. Zum Haushalt 2022, also in diesem Frühjahr haben wir eine Aufgabenüberprüfung beantragt. Die Vorzeichen einer defizitären Entwicklung waren deutlich erkennbar, und deswegen haben wir die Aufgabenüberprüfung mit dem Ziel der weiteren intensiven Haushaltskonsolidierung gefordert.

Wenn Sparen und Konsolidierung die vorrangigen Ziele sind, sollten wir uns alle die SMART-Regel ins Gedächtnis rufen. Ziele sollten **spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert** sein. Wäre man unseren Forderungen gefolgt, lägen die Daten aus der Aufgabenüberprüfung bereits vor, und zumindest ein Teil der notwendigen Arbeiten könnte effizienter gestaltet werden. Schon Helmut Schmidt wusste: „Das langfristig Notwendige im Blick haben.“ Langfristig notwendig ist, dass

die Verwaltung sich in guten Zeiten für schwierige vorbereitet. Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass die ganzen Gelder, über die die Regionsversammlung verfügt, Steuern, Gebühren oder Abgaben von Bürgerinnen und Bürgern sind. Deswegen ist auch eine gewisse Demut von Seiten der Politik angebracht.

Rufen wir uns nochmal die schwierige Situation um die Liste der freiwilligen Leistungen in Erinnerung. Uns wurde vorgeworfen, wir wollten mit dem Rasenmäher alles kürzen – **das Gegenteil ist der Fall**. Nur wer die Details kennt, kann kluge Entscheidungen über Erhalt und Veränderung treffen.

Auf die Einwendungen der Verwaltung muss man entgegnen, dass vom Prinzip her Sie recht haben, dass alles was es in der Region Hannover gibt, haben wir unmittelbar oder mittelbar beschlossen. Im Gegensatz zu Ihnen können wir uns aber nicht 24/7 mit dem Zahlenwerk beschäftigen und deswegen sind Nachfragen und die Bitte um Auflistung zum Glück ein legitimes Mittel.

Zum Haushalt gehört die Transparenz mit dem Ziel, das Beste für die Mehrheit der 1,2 Millionen Menschen in der Region Hannover zu erreichen und sich nicht persönliche Denkmäler zu bauen – wie das unbedingte Durchdrücken des 365 Euro Tickets. Wir sind übrigens gespannt, wie es mit dem Thema weitergehen wird.

Richtige Priorisierung ist hier geboten. Das sieht auch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport so. Im Juli 2022 forderte das MI die Aufstellung einer Prioritätenliste und die realistischere Planung von Investitionen. Wir haben diese Aufstellung per Antrag gefordert – die Ablehnung folgte in der Vergangenheit prompt. Die Gegenrede der Mehrheitsfraktion klingt, als würden wir Oppositionspolitiker Gespenster sehen. Allzu rosig ist die rot/grüne Erdbeerwelt. Aber das mathematische Zeichen vor dem **aktuellen Haushalt ist ein dickes rotes Minus**.

Genug des Rückblicks, schauen wir uns die aktuelle Situation an. Bei der Sicherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit einer Kommune ist das Prinzip Hoffnung kein stabiles Fundament. Das Haushaltssicherungskonzept liest sich nach dem Prinzip "Wir hoffen auf mehr Geld von Bund, Land und Kommunen". Mittels

Resolution zur Neustrukturierung der Kommunalfinanzierung soll dies noch schnell der Weg geebnet werden. Eine Resolution hat keinen bindenden Charakter für Bund und Land, der Region mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Richtig ist, dass das Land seine Kommunen mit finanziellen Mitteln ausstatten muss. Je 1,5 Milliarden Euro vom Bund für dieses und das kommende Jahr für die Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten sind wichtig für alle Kommunen. Das entbindet jedoch nicht von der **Verantwortungsübernahme zu echtem Spar- und Veränderungswillen, den wir bei der Mehrheitsfraktion nicht erkennen. Bester Beweis dafür sind die Anträge zum Haushalt von Rot/Grün.**

Am 08.12.2022 haben wir im Ausschuss für Finanzen einen Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung zum Haushalt gestellt. Der Haushaltsentwurf und das Haushaltssicherungskonzept sind **nicht ausgereift**, und deswegen ist eine sachgerechte Beschlussfassung nicht möglich. Der Antrag wurde leider abgelehnt.

Uns fehlt im Haushaltssicherungskonzept die zusammenfassende Darstellung der Konsolidierungsbeträge aus den Haushaltssicherungskonzepten, wie sie die Anlage 2 des MI Schreibens eigentlich vorsieht. Weiterhin sollen wir etwas beschließen, was die Maßnahmen und die damit verbundenen Auswirkungen für den Bürger gar nicht beschreibt.

Außerdem fehlt der Weg zurück zur schwarzen Null – bis wann soll wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden? Ohne ordentliches Haushaltssicherungskonzept droht die Aufzehrung der Nettosition. Und die Nettosition, das wissen wir alle, **ist das Eigenkapital der Verwaltung**. Noch drastischer kann man die Finanzlage nicht beschreiben. Der Weg zur stabilen Haushaltslage bleibt im vorgelegten Konzept jedoch unklar.

Hingegen spricht das MI in seinen Hinweisen zur Aufstellung und inhaltlichen Ausgestaltung von Haushaltssicherungskonzepten klar und deutlich: von der schnellstmöglichen Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs. Laut vorgelegtem Plan schlägt aber im Jahr 2026 immer noch ein negatives Gesamtergebnis von 186

Millionen Euro zu Buche. Und das inklusive der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes. Selbst, wenn wir die Frist von sechs Jahren, laut MI, zu Grunde legen, ist es der Gruppe CDU/FDP schleierhaft, wie aus einem Defizit von -105 Millionen Euro im Jahr 2023 und des zuvor genannten Defizites von -186 Millionen Euro plötzlich +/- 0 im Jahr 2028 werden soll. **Die mangelnde Transparenz an dieser wichtigen Stelle irritiert uns.**

Das MI schreibt auch, dass Umlagehebesätze zu prüfen sind. **Mit Blick auf unsere 21 Städte und Gemeinden ist für die Gruppe CDU/FDP klar, dass es mit uns keine Anhebung der Regionsumlage geben wird.** Die Kommunen ächzen jetzt schon und müssen teilweise eigene Haushaltssicherungskonzepte auflegen. Aber andere wesentliche Einnahmeerhöhungen haben wir ja nicht und trotzdem ist die Einnahmeerhöhung ein wesentlicher Punkt in ihrem Konzept.

Kurz zusammengefasst: Für uns gehören Haushalt und Haushaltssicherungskonzept zusammen. Das Konzept ist unkonkret und unseriös. Außerdem bleibt völlig im Unklaren, welche Auswirkungen die grob umrissenen Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger der Region Hannover haben werden.

Wagen wir doch mal anhand von den **drei Beteiligungen Klinikum Region Hannover GmbH, regiobus Hannover GmbH und der Üstra AG** einen Blick in die Zukunft.

Erstens: Die Klinikum Region Hannover GmbH. Am 15.12.2022 hat der Aufsichtsrat getagt. Die Medizinstrategie 2030 wurde vorgestellt, und dabei geht es um nicht weniger als die Gesundheitsversorgung der Menschen in der Region. Es ist „**komisch**“, dass wir schon Wochen vorher Bruchstücke dieser Strategie der Presse entnehmen konnten. Zu lesen waren die Worte Schrumpfkur, Umstrukturierung und Schließung. Jede Diskussion über eine etwaige Schließung, Schrumpfkur oder Umstrukturierung eines Klinikums sorgt für große Verunsicherung bei der Belegschaft und den Patientinnen und Patienten, da nutzt auch die Videobotschaft der Geschäftsführerin wenig. **Wenn man die Situation der Klinikum Region Hannover GmbH noch verschlimmern will, dann ist das genau der richtige Weg.** Oder um

es mit den Worten von Herrn Krach zu sagen: „Ich kenne noch keine Beispiele, dass es mit der Schließung von einzelnen Standorten gelungen ist, ein Krankenhaus zu sanieren.“

Die Pandemie hat uns allen doch gezeigt, wie wichtig ein gutes, **wohntnahes** und leistungsfähiges Gesundheitssystem ist. Dass wir verhältnismäßig gut durch die Corona-Pandemie gekommen sind, verdanken wir maßgeblich unseren regionseigenen Krankenhäusern.

Wir sehen es als Stärke an, dass die Krankenhäuser regional breit aufgestellt sind und setzen uns dafür ein, dass dies für die Zukunft so erhalten bleibt.

Uns ist bewusst, dass die Klinikum Region Hannover GmbH Millionenverluste verzeichnet. Ein vermeintlich **„einfaches“** Sparen an unseren Klinikstandorten ist jedoch ein Sparen an der falschen Stelle. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass nach Möglichkeiten für einen Weg aus der Krise gesucht wird. Jede Option, die den Betrieb der Krankenhäuser stärkt ohne dabei die Versorgungsstruktur negativ zu beeinflussen, unterstützen wir (wie man ja auch am Antrag zu der Palliativversorgung sehen kann). Aber bevor wir einen Schnellschuss wagen, wägen wir sorgsam ab.

Ich erlaube mir daran zu erinnern, was nach der Schließung des Krankenhauses in Springe passiert ist. Die Springer Bürgerinnen und Bürger sollten im Notfall ins KRH Klinikum Robert Koch Gehrden gebracht werden, sind aber in großer Zahl im Krankenhaus in Hameln versorgt worden. Statt den geplanten Einsparungen sind somit vor allem wichtige Einnahmen weggebrochen. Aus unserer Sicht ist es buchstäblich lebenswichtig, die Kliniken in der Fläche zu erhalten, denn im Zweifel zählt bei der Rettung von Menschenleben jede Minute.

Aus diesem Grund sind wir bereit, in konstruktiven Gesprächen mitzuwirken, aber eine Konzentration der medizinischen Versorgung in der Stadt Hannover zulasten der Bürgerinnen und Bürger der Umlandkommunen werden wir nicht unterstützen.

Kommen wir zu regiobus und Üstra, unseren beiden Unternehmen, mit denen die Verkehrswende gelingen soll. Im Haushaltssicherungskonzept **steht lapidar: „[...] wird mit einem Konsolidierungsvolumen [...] von [...] 31,15 Mio. € gerechnet.“** Wo genau „konsolidiert“ werden soll, bleibt unklar.

Bei regiobus ist denkbar, die dringend notwendige Umsetzung des Restrukturierungsplans anzugehen, um überhaupt die Chance auf den Erhalt des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu wahren.

Gleichzeitig muss endlich offen über die Frage gesprochen werden, ob und wie eine Fusion von Üstra und regiobus sinnvoll und umsetzbar ist. Oder was soll man sonst unter der folgenden Formulierung verstehen: **„Alternative Möglichkeiten zur Erbringung der Regionalbusleistung für 2025 ff., müssen zeitnah entwickelt werden.“** Das erfolgreiche Projekt Sprinti ist ja schon von der regiobus zur Üstra gewechselt.

Sparen bei der Üstra ist wiederum nur bei Investitionen möglich. Wie soll eine Verkehrswende gelingen, wenn Sparmaßnahmen diesen Plan konterkarieren? **Leistungsreduzierung im ÖPNV klingt nicht nach dem, was wir wollen.** Die Verzögerung von Investitionen führt zu gegenläufigen Effekten, wie höhere Instandhaltungskosten bei längerer Laufzeit der grünen Stadtbahnen. Auch werden sich die zu erwartenden Preissteigerungen bei Baumaßnahmen erheblich auswirken.

Üstra und regiobus wurden beauftragt, bis zum Frühjahr 2023 konkrete Sparmaßnahmen vorzulegen. Alle anderen Maßnahmen im HSK bleiben im Unklaren. Die jetzige Zustimmung zum Haushalt und dem HSK würde also einem Freifahrtschein gleichkommen.

In Anbetracht dieser Ausgangslage wäre die Frage berechtigt, warum die Gruppe CDU/FDP überhaupt Haushaltsbegleitanträge stellt. Oder ob nicht alle Anträge dem HSK geopfert werden müssten. Nun, weil wir der Überzeugung sind, dass sinnvolle Anträge, teilweise verbunden mit Investitionen, ein guter Weg aus der Krise sind.

Unsere Forderungen sind:

- Erstens: die Prüfung der Gebührenerhebung für Verwaltungsleistungen, denn alle Möglichkeiten der Ertragsverbesserung sollten ausgeschöpft werden.
- Zweitens: die Aufstellung eines Feuerwehrbedarfsplans, dessen Erstellung die Verwaltung ebenfalls begrüßt.
- Drittens: Das Aufstellen von Informationstafeln auf Spielplätzen in Absprache mit den Kommunen. Die Tafeln informieren regionsweit und niedrigschwellig über das Angebot der Region Hannover im Bereich Soziales und Jugendhilfe.
- Viertens: Der regelmäßige Bericht über das Haushaltssicherungskonzept im Finanzausschuss.

Alles wurde von der Mehrheitsfraktion abgelehnt.

Nach aktueller Lage der Dinge finden drei Anträge die Zustimmung von Rot/Grün.

Im Sinne einer konstruktiven Oppositionsarbeit haben wir insgesamt 10 Anträgen von Rot/Grün zugestimmt, da sie aus unserer Sicht sinnvoll sind.

Beispielhaft zu nennen sind:

- Die Verbesserung der Situation psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in den Umlandkommunen der Region Hannover.
- Die Beschaffung einer digitalen Brandsimulationsanlage
- und die finanzielle Entlastung der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer im Kinder- und Jugendzeltlager der Regionsfeuerwehr.
- Außerdem gibt es einen **interfraktionellen Antrag** zum Haus der Religionen. Dieser Antrag wurde von uns bereits zum letzten Haushalt gestellt.

Was für sich für uns bei den Anträgen von rot/grün nicht erschließt: Warum werden vorgeschlagene Sparmaßnahmen der Verwaltung kassiert? Von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzungen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung

und bei hannoverimpuls sollen zurückgenommen werden. Trauen Sie (Rot/Grün) Ihrer Verwaltung nicht? Wir können diesen Anträgen jedenfalls nicht zustimmen.

Für uns als Gruppe CDU/FDP ist wichtig, dass der Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept solide und umsetzbar geplant werden. Damit die Verwaltung Zeit zur Nachbesserung von Haushalt und Haushaltssicherungskonzept hat, haben wir die Vertagung der Beschlussfassung beantragt. Da dies abgelehnt wurde, bleibt unsererseits ebenfalls nur die Ablehnung des Haushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes auf Grund der drei folgenden Punkte:

Erstens: Im Haushalt wurde keine Priorisierung der Investitionen vorgenommen. Die Praxis der hohen geplanten Investitionen wird fortgesetzt, obwohl dass MI eine Veränderung anmahnt.

Zweitens: Im Haushaltssicherungskonzept bleibt unkonkret, wann der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll. Unseriös, weil es Ausschüttungen zur Konsolidierung einplant. Und auf dem Prinzip Hoffnung beruht, dass Geld von Bund und Land in die Kassen gespült wird. Damit werden wir den Anstieg der Verschuldung von derzeit rund 0,7 Mrd. € auf die von ihnen prognostizierten 1,6 Mrd. € nicht verhindern können.

Drittens: Die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzeptes für die Bürgerinnen und Bürger der Region Hannover sind völlig unklar. Wir sind es den Menschen in der Region schuldig, ein tragfähiges Konzept aufzustellen. **Bewerten heißt vergleichen** und deswegen muss das Haushaltssicherungskonzept unter den Gesichtspunkten spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert nachgebessert werden. Da dies verweigert wird, bleibt uns nur die Ablehnung von Haushalt und Haushaltssicherungskonzept. Unsere Forderung: Stellen Sie ein ordentliches Haushaltssicherungskonzept auf, dann tragen wir dieses auch mit! Wenn Sie dabei unsere Mitarbeit wünschen, dann stehen wir dazu gerne zur Verfügung.

Vielen Dank!